



Vorwärts in die Vergangenheit?

Nachricht von Sabine Zimmermann, 10. März 2014

Immer mehr Frauen sind erwerbstätig, aber an ihrer Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt ändert sich nichts

Noch nie waren so viele Frauen erwerbstätig wie heute. Aber der Beschäftigungsaufbau findet überwiegend in den oft niedrig entlohnenden, prekären Bereichen des Dienstleistungssektors statt. Infolgedessen ändert sich nichts auch an der ungleichen Bezahlung von Frauen und Männern. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage hervor, die DIE LINKE im Vorfeld des internationalen Frauentages am 8. März und des Equal Pay Day am 21. März stellte.

„Das Motto der neuen Bundesregierung scheint zu sein: Vorwärts in die Vergangenheit. Jenseits des Mindestlohns will die Regierung keine verbindlichen, gesetzlichen Maßnahmen gegen die strukturelle Benachteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt ergreifen. Und auch der Mindestlohn, der vor allem weiblichen Beschäftigten nützen würde, droht verwässert zu werden“, kritisiert Sabine Zimmermann, arbeitsmarktpolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE.

Sie warnt: „Statt den Prozess der zunehmenden Erwerbstätigkeit der Frauen zu nutzen, um mehr Gleichstellung zu erreichen, droht so ihre bestehende Benachteiligung zementiert zu werden.“

Wie die Bundesregierung mitteilte, ging der Beschäftigungszuwachs der letzten Jahre überproportional auf die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen zurück. 71,5 Prozent der Frauen waren erwerbstätig – so viel wie noch nie. Die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen stieg in den letzten zehn Jahren um etwa 2,3 Millionen bzw. 14,1 Prozent. Die Zahl der männlichen Erwerbstätigen um 1,3 Millionen bzw. 6,6 Prozent.

Aber der Zuwachs beruht vor allem auf mehr Teilzeitarbeit, oft auch Minijobs. Von Juni 2003 bis Juni 2013 stieg Zahl der geringfügig entlohnten weiblichen Beschäftigten um 1 Million auf 4,6 Millionen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung unter den Frauen stieg um 1,3 Millionen auf 13,5 Millionen, darunter aber viel Teilzeit. 2013 lag die Teilzeitquote bei Frauen bei 51,5 Prozent, die der Männer bei 17,9 Prozent.

Diese Beschäftigungsstruktur hängt eng damit zusammen, dass die größten weiblichen Beschäftigungszuwächse in den Berufen des Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialwesens stattfinden. Diese Branchen zeichnen sich durch vergleichsweise niedrigere Verdienste und unsichere Jobs aus. Jede dritte Frau ist einem atypischen Beschäftigungsverhältnis tätig, wozu sowohl die befristete Beschäftigung, kleine Teilzeit- und Minijobs als auch Leiharbeit zählt. In absoluten Zahlen sind das 5,5 Millionen Frauen. Bei den Männern betrifft dies „nur“ jeden siebenten oder 2,4 Millionen.

Frauen arbeiten häufiger zu Niedriglöhnen: 29,6 Prozent erhielten 2011 einen Stundenlohn unter 9,14 Euro. Das waren 4,9 Millionen Frauen. Bei den

Männern waren es 18,6 Prozent oder 3,2 Millionen. Obwohl die Frauen mit 46 Prozent nur knapp die Hälfte aller Erwerbstätigen ausmachen, stellen sie mit 55 Prozent die Mehrheit der Erwerbstätigen, die aufstockend Hartz IV beziehen (Zahlen Juni 2013).

Angesichts dieser Fakten ist es nicht verwunderlich, dass sich der Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen verfestigt hat und seit Jahren bundesweit durchschnittlich bei 22 Prozent liegt.

Interessant ist ein weiteres Ergebnis der Anfrage: Anders als allgemein oft angenommen, ist die von Frauen meist im Dienstleistungssektor ausgeübte Arbeit nicht leichter als die der Männer. Im Gegenteil: Die vollzeitbeschäftigten Frauen geben häufiger als Männer an durch ein schnelles Arbeitstempo belastet zu sein (45% gegenüber 37%), verschiedene Arbeiten gleichzeitig betreuen zu müssen (68% gegenüber 58%) oder mit Störungen und Unterbrechungen konfrontiert zu sein (52% gegenüber 42%).

Für Sabine Zimmermann sind diese Zahlen ein Alarmsignal. Sie fordert die Weichen in der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik in Richtung Gleichstellung neu zu stellen. Erste wichtige Schritte ließen sich dabei bereits mit wenigen, aber wirkungsvollen Maßnahmen erreichen.

Zimmermann: „Der Mindestlohn muss ohne Ausnahmen kommen und schnell auf 10 Euro steigen. Zweitens: Befristete Arbeitsverhältnisse müssen eingedämmt und Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung übergeleitet werden. Das würde Millionen Frauen mehr Sicherheit und höhere Einkommen bringen. Und drittens brauchen wir dringend verbindliche Regelungen zur Aufwertung der sogenannten Frauenberufe wie im Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialwesen. Ein erstes klares Zeichen kann die Bundesregierung in den begonnenen Verhandlungen

um einen höheren Mindestlohn in der Pflegebranche setzen und dort die Forderung der Gewerkschaft ver.di von 12,50 Euro pro Stunde unterstützen.“

In ihrer Antwort räumt die Bundesregierung ein, dass die „gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Erwerbsleben noch nicht realisiert“ ist. Abgesehen vom Mindestlohn bleibt sie jedoch entscheidende Maßnahmen zum Abbau der strukturellen Benachteiligungen der Frauen schuldig. Sie will weder die befristete Beschäftigung eindämmen, noch die Minijobs abschaffen - beides Probleme, von denen überdurchschnittlich Frauen betroffen sind. Auch konkrete Vorschläge zur Aufwertung sogenannter Frauenberufe fehlen.

Ausgewählte Ergebnisse der Kleinen Anfrage:

- Zuwachs an Beschäftigung geht überproportional auf die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen zurück (S.2). Aber die Regierung räumt ein, dass „die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Erwerbsleben noch nicht realisiert“ ist (S.3)
- so viele Frauen arbeiten wie noch nie. 71,5 Prozent. (S.2)
- die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen stieg in den letzten zehn Jahren um etwa 2,3 Millionen bzw. 14,1 Prozent. Die Zahl der männlichen Erwerbstätigen um 1,3 Millionen bzw. 6,6 Prozent. (S.6)
- Zuwachs besteht aber vor allem in Teilzeitarbeit oft auch nur in Minijobs. Von Juni 2003 bis Juni 2013 ist Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Frauen um ca. 1,3 Millionen auf 13,5 Millionen gestiegen, die der geringfügig

entlohten weiblichen Beschäftigten um 1 Millionen auf 4,6 Millionen. (S.7+8)

- die Teilzeitquote ist bei den Frauen um 2,9 Prozent auf 51,5 Prozent gestiegen, der der Männer um 2,4% auf 17,9%. (S.9)
- jede dritte Frau ist einem atypischen Beschäftigungsverhältnis (befristet beschäftigt, kleine Teilzeit- und Minijobs oder Leiharbeit) absolut 5,5 Millionen Frauen. Bei den Männern ist es „nur“ jeder siebente oder 2,4 Millionen. (S.13)
- jede Siebente der 7,7 Millionen Teilzeitbeschäftigten Frau geht der Teilzeitbeschäftigung unfreiwillig nach. Das sind absolut etwa 1,1 Millionen (S.17)
- Frauen sind öfter befristet beschäftigt: 9%, Männer: 6% (S. 19) , sogar Anstieg um 3 Prozent gegenüber vor zehn Jahren. Im weiblichen geprägten Erziehungsberufen sind 2 von 3 Neueinstellungen inzwischen befristet, bei den Gesundheits- und Sozialberufen ist es eine von zwei. Die Koalition will hier aber nicht tätig werden
- Frauen arbeiten häufiger zu Niedriglöhnen: 29,6 Prozent erhielten 2011 einen Stundenlohn unter 9,14. Das waren 4,9 Millionen Frauen. Bei den Männern waren es 18,6 Prozent oder 3,2 Millionen. (S. 21/22)
- Frauen stellen die Mehrheit der Hartz IV-Aufstocker. 54,5 Prozent obwohl sie nur 46% der Erwerbstätigen ausmachen (S. 23) Juni 2013
- in den Branchen mit dem größten Beschäftigungszuwachs von

vollzeitbeschäftigten Frauen liegen die Verdienste meist deutlich unter dem allgemeinen Durchschnittsverdienst (S. 36)

- jede Fünfte Frau würde von einem Mindestlohn von 8,50 Euro profitieren (S. 24)
- Verdienstabstand zwischen Frauen und Männer stagniert seit Jahren bei 22 bis 23 Prozent. Interessant: Liegt im Westen mit 24 Prozent deutlich höher als im Osten mit 8 Prozent. Wobei der Abstand im Osten zunimmt! (S. 25)
- in nur knapp jedem dritten Betrieb (29%) gibt es spezifische Maßnahmen „zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und zur Förderung der Chancengleichheit“ (S. 27)
- Anders als vielleicht manchmal allgemein angenommen, ist die stärker im Dienstleistungssektor ausgeübte Arbeit von Frauen nicht leichter als die der Männer. Im Gegenteil: Unter den Vollzeitbeschäftigten geben Frauen häufiger als Männer an durch ein schnelles Arbeitstempo belastet zu sein (45% gegenüber 37%), verschiedene Arbeiten gleichzeitig betreuen zu müssen (68% gegenüber 58%) oder mit Störungen und Unterbrechungen konfrontiert sind (52% gegenüber 42%). (S. 46, Tabelle 27)
- Bundesregierung macht zahlreiche Bekenntnisse, etwa dass sie der „Gleichstellungspolitik gerade im Bereich des Erwerbslebens einen großen Stellenwert“ einräumt (S.2)
- Maßnahmen der BR gegen die stark geschlechtsspezifische Ausbildungs- und Berufswahl gibt es nicht, aber es wird „geprüft“,

was geeignet ist (S. 37)

- offen ist Ausgestaltung des geplanten Anspruches auf Teilzeitarbeit, der ein Rückkehrrecht auf Vollzeit schafft (S. 47).